

Dr. Wiebke Esdar, MdB  
Timon Gremmels, MdB  
Elisabeth Kaiser, MdB  
Elvan Korkmaz, MdB  
Helge Lindh, MdB  
Siemtje Möller, MdB



Falko Mohrs, MdB  
Josephine Ortleb, MdB  
Johannes Schrapf, MdB  
Michael Schrodi, MdB  
Dr. Manja Schüle, MdB  
Marja-Liisa Völlers, MdB

# **Deutschlands außenpolitische Rolle in einer sich rasant verändernden Welt**

## **1. Wo wir stehen**

Die internationale Politik unserer Tage ist geprägt von einer hohen Volatilität und grundlegenden Veränderungen in den außenpolitischen Grundlinien zentraler Akteure der Weltpolitik. Die vormals stabilen transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union (EU) werden brüchiger. Geopolitische Ambitionen von Russland und China schaffen neue Konfliktlinien und wirken bis in das interne Verhältnis der EU-Staaten untereinander hinein, welches zunehmend durch Verwerfungen gekennzeichnet ist. In diesem Umfeld halten wir es für notwendig, die außenpolitische Rolle Deutschlands aktiv neu zu definieren, um internationale Politik konstruktiv mitgestalten zu können.

## **2. Was wir tun können**

In diesem heute unsteten internationalen Umfeld sehen wir Deutschlands außenpolitische Rolle gleichsam als die des inner- wie auch außereuropäischen Mittlers und Gestalters, der zunehmend außenpolitische Verantwortung übernimmt und für eine regelbasierte internationale Ordnung eintritt. Ein souveränes Eintreten für eine verbesserte internationale Zusammenarbeit ist unseres Erachtens notwendig, um die internationale Friedenspolitik zu stärken und den Herausforderungen durch einen zunehmenden Nationalismus zu begegnen. Deutschland kann dabei mit seinem Einfluss eine wichtige Scharnierfunktion einnehmen, um zu dauerhaften Konfliktlösungen beizutragen und die völkerrechtliche Ordnung zu stärken.

### **2.1 Deutschland stärkt internationale Organisationen**

Für uns sind die Vereinten Nationen (UN) das zentrale politische Gremium auf internationaler Ebene. Allerdings beobachten wir ein nachlassendes Engagement von Staaten im Rahmen der UN. Aus unserer Sicht muss gelten: Wenn andere Länder sich von dort zurückziehen, sollte Deutschland bereitstehen, um Verantwortung in den Gremien internationaler Organisationen zu übernehmen und die internationalen Organisationen stark zu halten sowie gegebenenfalls finanzielle Beitragsausfälle abzufedern (beispielsweise durch den Austritt der USA aus der UNESCO). Entsprechend sollte Deutschland seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied ab 2019 nutzen, um sich konstruktiv und verantwortungsbewusst einzubringen.

### **2.2. Deutschland fördert den internationalen Dialog und Austausch**

Deutschland kann als ehemaliges Grenzland selbst einen geeigneten Ort bieten, um neue Formate des außenpolitischen Dialogs zu etablieren. Wo sich das Überkommen von vermeintlich unüberwindbaren Grenzen tief in das politische Selbstverständnis eingepreßt hat, ist für uns ein Ort, außenpolitische Akteure zusammenzubringen und Brücken zu bauen. Deutschland kann

damit als Vermittler, als Scharnier agieren und seine bestehenden Beziehungen zu den unterschiedlichsten Akteuren wirksam nutzen. So kann Deutschland einen produktiven Beitrag für diplomatische Konfliktlösungen und engere internationale Zusammenarbeit leisten.

Weiterhin betrachten wir stetigen Austausch, auch in schwierigen Zeiten, als die wesentliche Voraussetzung für ein gegenseitiges Verständnis. Die EU-Austauschprogramme für Jugendliche haben deutlich gezeigt, wie aus einem solchen Verständnis die Grundlage für ein konstruktives gemeinsames Gestalten der Beziehungen zwischen Partnerländern erwachsen kann. Wir wollen daher diese Programme weiter stärken und auch in Ländern, wie zum Beispiel Russland, ausbauen, mit denen unsere Außenbeziehungen derzeit weniger harmonisch verlaufen. Vertrauen muss wachsen und für uns ist die Jugend in allen Ländern einer der besten Ansatzpunkte, um damit zu beginnen. Gleichsam wollen wir den regelmäßigen Austausch auch auf parlamentarischer Ebene forcieren und diesen breiter gestalten als er aktuell beispielsweise über die länder-spezifischen Parlamentariergruppen des Bundestags stattfindet.

### **2.3. Deutschland handelt als Teil der Europäischen Union**

Ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union ist für uns das Fundament einer souveränen deutschen Außenpolitik. Aus unserer Sicht ist Deutschland dabei ein exponiertes Bindeglied, um die Kohäsion zwischen den EU-Mitgliedsstaaten als Grundlage einer gemeinsamen, klaren Haltung nach außen wiederherzustellen. Deutschland kann nur souverän auf internationaler Ebene agieren, solange es eingebettet in die europäische Staatenfamilie ist. Souveränität bedeutet für uns dabei auch, im Verhältnis zu den Weltmächten Russland, China und USA Meinungsverschiedenheiten auszuhalten, auszutarieren und die eigene Position selbstbewusst zu vertreten. Souverän in der Welt, mit der europäischen Staatengemeinschaft im Rücken und dem Internationalismus verpflichtet.

### **2.4. Frieden durch Kooperation fördern**

Wir wollen mit der deutschen Außenpolitik das erfolgreiche Beispiel der EU als Friedensmacht weiter in die Welt tragen. Die EU hat gezeigt, wie durch krisenfeste diplomatische Beziehungen Frieden nachhaltig gesichert werden kann und durch breite wirtschaftliche Kooperation Wohlstand in all ihren Mitgliedsstaaten generiert wird. Wir sind der Überzeugung, dass beide Faktoren zur Herstellung stabiler Verflechtungen zwischen Staaten führen, die die Option „Krieg“ politisch wie ökonomisch unattraktiv machen und dauerhafte, krisenbeständige Beziehungen etablieren. Unseres Erachtens muss dieses Primat der europäischen Politik weiterhin integraler Bestandteil der deutschen wie auch der EU-Außenpolitik sein. Deutschland steht vor der Herausforderung, einerseits Führungsverantwortung in der EU-Außenpolitik zu übernehmen und andererseits alle europäischen Partner so eng einzubeziehen, dass kein Gefühl von hegemonialer Politik entsteht. Die Bundesrepublik sollte ihre Rolle aber selbstbewusst ausfüllen.

Gleichsam ist das internationale Völkerrecht für uns das Gerüst für eine friedliche internationale Politik. Geschlossene völkerrechtliche Abkommen sind Ausdruck eines klaren politischen Bekenntnisses. Daher ist die Einhaltung solcher Abkommen für uns die Grundlage einer kooperativen internationalen Ordnung, die das friedliche Miteinander weltweit fördert. Für die deutsche Außenpolitik hat daher die Einhaltung internationaler Verpflichtungen und die Stärkung der völkerrechtlichen Ordnung oberste Priorität.

## **2.5. Europäische Integration vorantreiben**

Unseres Erachtens muss Deutschland eine tragende Rolle einnehmen, um die Europäische Union aktiver mitzugestalten und die eigene Einbettung in die Union zu festigen. Deutschland muss zusammen mit Frankreich und mit den anderen europäischen Partnern treibende Kraft für den EU-Reformprozess sein. Dabei geht es unter anderem um die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, den weiteren Aufbau des sozialen Unionsgefüges und die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Im Rahmen der GASP plädieren wir für eine stärkere Kooperation sowohl im Feld der Diplomatie als auch im Bereich Verteidigung. Aus unserer Sicht sollte zum einen die Rolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes im Verhältnis zu den nationalen diplomatischen Diensten gestärkt werden. Zum anderen sollten Initiativen wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit vertieft werden, um neue europäische Synergien zu schaffen, von denen alle Mitgliedsstaaten profitieren können.

## **2.6. Nachhaltigkeitsziele konsequent umsetzen**

Die Weltgemeinschaft hat sich mit den Nachhaltigkeitszielen 2030 eine systematische, progressive und transformative Entwicklungsagenda aufgelegt, die alle Staaten einbindet und verpflichtet. Deutschland war und ist einer der Profiteure der Industrialisierung und der Globalisierung. Gleichzeitig hat dies zu unsozialen Verwerfungen in der deutschen Gesellschaft und darüber hinaus geführt. Wir wollen die Nachhaltigkeitsziele nach innen und außen konsequent umzusetzen, weil sie für uns die Leitschnur zur sozialen Gestaltung und Einhegung der überwiegend neoliberal gestalteten Globalisierung darstellen. Deutschland kann so den nachhaltigen Entwicklungspfad der Weltgemeinschaft entscheidend mitprägen.

## **3. Unsere Forderungen**

- Deutschland muss sich in internationalen Organisationen, insbesondere der UN, konstruktiv engagieren, um diese zu stärken und finanzielle Beitragsausfälle durch den Rückzug anderer Staaten abzufedern.
- Ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union, die Einhaltung internationaler Verträge und die Stärkung des Völkerrechts müssen neben dem Primat der europäischen Friedenspolitik das Fundament einer souveränen deutschen Außenpolitik sein.
- Deutschland muss zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vermitteln, um für die aktuell bestehenden Differenzen tragfähige Lösungen zu finden und eine gemeinsame europäische Haltung nach außen zu schaffen.
- Deutschland soll selbst neue diplomatische Dialogformate entwickeln und internationale Austauschprogramme, insbesondere mit Russland, fördern, um die gegenseitige Verständigung zu stärken.
- Deutschland soll sich für den Ausbau von krisenfesten diplomatischen Beziehungen und für eine breite wirtschaftliche Kooperation zur Herstellung stabiler Verflechtungen zwischen Staaten einsetzen, beispielsweise zwischen Israel und Iran, um militärische Konflikte als Handlungsoption politisch wie ökonomisch unattraktiv zu machen.

- Deutschland muss treibende Kraft für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, den weiteren Aufbau einer Sozialunion und die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sein.
- Deutschland soll sich für eine konsequente Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele einsetzen.

Berlin, den 12. Juli 2018